

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Mai 2021

Warum das Rahmenabkommen jetzt zu beerdigen ist

Seite 3



Das CO²-Gesetz ist ein Raubzug auf unser Portemonnaie

Seite 6





Jetzt abstimmen!

NEIN zum teuren linken CO2-Gesetz ab Seite 4

NEIN zur extremen «Trinkwasser-Initiative» ab Seite 8

NEINzurextremenVolksinitiative«FüreineSchweizohne Pestizide» ab Seite 8

Stimmfreigabe zum Covid-19-Gesetz Seite 10

JA zum Bundesgesetz über polizeilicheMassnahmenzur BekämpfungvonTerrorismus Seite 11









Stopp dem grünen Grössenwahn!

Der Umgang des Bundesrates mit der Pandemiekrise hat dem Schweizer Volk schon genug Schaden zugefügt. Grüne Grössenwahnprojekte sind das Letzte, das es jetzt noch braucht.

Der Bundesrat will weiterhin willkürlich unser Leben verwalten, obwohl er keine epidemiologische Grundlage mehr hat, die das rechtfertigen könnte. Die apokalyptischen Szenarien, die vor Wochen vorausgesagt wurden, sind nicht eingetreten. Und die zaghaften Öffnungsschrittchen, die im April beschlossen wurden, gehen viel zu wenig weit und bleiben willkürlich bis widersprüchlich. Die Position der SVP spiegelt sich in unseren Prinzipien: Freiheit und Sicherheit. Freiheit bedeutet Eigenverantwortung und die Aufhebung von Einschränkungen, Sicherheit bedeutet die Anwendung von Schutzkonzepten, Tests und Impfungen. Es ist höchste Zeit, dass sowohl die Bürger als auch die Wirtschaft zu einer Form der Normalität zurückkehren können, die Zukunftsperspektiven für junge Menschen, Familien und Unternehmer garantiert. Deshalb fordern wir, dass die «besondere Lage» aufgehoben wird.

Wir müssen unbedingt die neuen Steuern und Verbote verhindern, die die Grünen durch die beiden extremen Agrarinitiativen und das CO2-Gesetz einführen möchten. Über alle drei Vorlagen stimmen wir am 13. Juni ab. Alle drei verdienen ein deutliches und klares Nein.

Wir wollen kein Bürokratiemonster namens CO2-Gesetz! Und wir wollen nicht, dass die Mittelschicht verarmt. Die neuen Abgaben werden den Schweizer Haushalten leicht Mehrkosten von bis zu 1000 Franken pro Jahr verursachen. Ausserdem ist mit einem allgemeinen Anstieg der Preise für Konsumgüter zu rechnen.

Nicht minder gefährlich sind die Agrarinitiativen. Sie würden den Schweizer Primärsektor in die Knie zwingen und unsere Nahrungsmittelselbstversorgung stark schwächen. Ganz zu schweigen vom perversen Effekt der zunehmenden Importe von Lebensmitteln aus

Euroturbos arbeiten heimlich an Unterwerfung

Nicht unterschätzen dürfen wir die europäische Herausforderung. Lassen wir uns vom Scheintod des Institutionellen Abkommens nicht täuschen! Hinter den Kulissen arbeiten die Euroturbos aller Parteien heimlich weiter daran, die Schweiz der Europäischen Union zu unterwerfen. Vom Vorschlag der Steuerharmonisierung mit der EU im Tausch gegen Lohnschutz durch die Grünen bis hin zum liberalen Projekt namens "Swisslex 2.0" mit der Absicht, das europäische Recht autonom und automatisch zu übernehmen. All diese Vorschläge sind für die SVP absolut indiskutabel, und wir werden sie sowohl im Parlament als auch an der Wahlurne bekämpfen.

Wie immer danke ich euch, liebe Parteifreude, für euer grosses Engagement für eine freie und sichere Schweiz!



Das Rahmenabkommen wäre das Ende der unabhängigen Schweiz

Bundespräsident Guy Parmelin hat bei seinem Besuch in Brüssel alles richtig gemacht und endlich Klartext gesprochen. 12 Gründe, warum das Institutionelle Abkommen zu beerdigen ist und niemals als Zombie wiederkehren darf.



- 1. Das Institutionelle Abkommen (InstA) führt die Schweiz schleichend in die EU, ohne dass das Volk über einen EU-Beitritt abstimmen kann.
- 2. Mit dem Abkommen wird die Schweizer Politik inklusive Regelung der Zuwanderung und Zugang zu

- unseren Sozialversicherungen in weiten Teilen durch die EU diktiert.
- 3. Der schweizerische Gesetzgeber, d.h. Volk, Stände und Parlament, werden ausgeschaltet: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. Das InstA beendet den bilateralen Weg auf Augenhöhe.
- 4. Bei Streitigkeit entscheidet letztlich der Europäische Gerichtshof (EuGH). Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei.
- 5. Mit dem InstA wird die Personenfreizügigkeit noch ausgebaut. Die Schweiz müsste beim Zugang zu

ihren Sozialversicherungen exorbitante Kosten übernehmen.

6. Die Ausschafhunderfung verurteilkrimineller EU-Bürger wird verunmöglicht.

7. Das InstA verschlechtert Rechtssicherheit in der Schweiz massiv, weil sie sich auf Gedeih und Verderb in grossen Teilen der Rechtssetzung der EU ausliefern würde.

8. Die EU verlangt sogenannte Kohäsionszahlungen als «Zutritts-

- gebühr für den EU-Binnenmarkt», ohne dass die Schweiz aus Äquivalenzgründen ebenfalls «Zutrittsgebühr zum Schweizer Binnenmarkt» von der EU verlangen würde.
- 9. Das InstA sieht «Ausgleichsmassnahmen bis hin zur Suspendierung der betroffenen Abkommen» vor, sollten Volk oder Parlament die Übernahme einer EU-Bestimmung ablehnen.
- 10. Die Regelung mit weiteren Guillotineklauseln würde den Vertrag praktisch unkündbar machen.
- 11. Das Verbot der staatlichen Beihilfen untergräbt unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig.
- 12. Schliesslich würde der schädliche InstA-Mechanismus auch heim Freihandelsabkommen mit der EU zur Anwendung kommen.

Nein zur Preisgabe der Schweiz

Institutionelle Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. In Konsequenz gefährdet es unsere hart erarbeitete Wohlfahrt. Es käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Der Bundesrat muss der EU deshalb unmissverständlich darlegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.



Politik hautnah aus einer anderen Perspektive erleben? Mitarbeit im Generalsekretariat der grössten Partei der Schweiz

Das Generalsekretariat ist das Dienstleistungszentrum der Partei. Dabei erfüllt es folgende Hauptaufgaben: Sekretariat und Beratung der Bundeshausfraktion, Koordination und administrative Unterstützung sämtlicher Parteiorgane, Organisation und Durchführung von Parteianlässen, Vorbereitung und Begleitung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht per 1. Juni 2021 oder nach Vereinbarung eine/n

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (100%)

Ihr Profil:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium (mind. Bachelor) oder mindestens 5 Jahre relevante Arbeitserfahrung in der Gesundheitspolitik Interesse an der schweizerischen Politik
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- Gute Informatikkenntnisse (insbesondere Word und Excel)
- Elementare Französischkenntnisse
- Organisationstalent und hohe Sozialkompetenz
- Selbstständige, präzise und effiziente Arbeitsweise mit hoher Einsatzbereitschaft

- Beratung und inhaltliche Arbeit für die Bundeshausfraktion und die Partei
- Verfassen von Positionspapieren und Texten (auch für Medienarbeit und Social Media)
- Verantwortung über diverse Fachdossiers auf dem Generalsekretariat
- Planung und Ausführung von Projektarbeiten inklusive Mitarbeit bei Parteianlässen, etc.

Wenn Sie gerne selbständig und gestaltend mitarbeiten, sind Sie genau die richtige Person für uns. Wir freuen uns auf Ihre schriftliche - gerne auch per Mail - Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen an die folgende Adresse richten:

Peter Keller, Generalsekretär der SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern E-Mail: peter.keller@svp.ch, für Rückfragen: 079 543 84 01

www.svp.ch

Beschiss an der Bevölkerung

Seit die Schweiz in der Energiepolitik linke Mehrheiten hat, folgt ein Fiasko nach dem anderen. Die Energieversorgung wird schlechter, die Risiken steigen und die Kosten gehen durch die Decke. Höchste Zeit, diesem Treiben ein Ende zu bereiten – mit einem Nein am 13. Juni zum CO2-Gesetz.



Bei der Abstimmung über das En-

ergiegesetz von 2017 behaupteten der Bundesrat und die Linken, die Kernenergie könne ersetzt werden, mittels Kosten für Herr und Frau Schweizer von 40 Franken pro Jahr. Diese linken

Träumereien hat die SVP bereits damals als falsch aufgedeckt. Heute wissen wir: Praktisch alle versprochenen Ziele werden verfehlt, unsere Stromversorgung wird laufend unsicherer, die Abhängigkeit gegenüber dem Ausland steigt und die Zubau-Ziele sind Makulatur. Kurz und gut, das Volk wurde belogen. Wir wissen noch immer nicht, wie die Kernenergie ersetzt werden soll, falls an diesem Szenario überhaupt festgehalten wird. Sicher ist nur, dass weitere Milliardenbeträge fällig werden, die das Volk zu bezahlen hat.

Abstruse Behauptungen

Bei der Abstimmung über das CO2-Gesetz werden vom Bundesrat und den Linken erneut abstruse Dinge behauptet. Es werden unverblümt Mehrkosten von 100 Franken für eine vierköpfige Familie berechnet. Doch die Grundlagen sind falsch. Es lässt sich bereits heute sagen, dass Kosten von gegen 1'000 Franken realistisch sind. Der Verbrauch eines Familienautos ist höher, die Fahrstrecke für eine Familie ist weiter und die Wohnfläche ist grösser als behauptet. Das ergibt für viele Familien deutlich höhere Kosten. Gar nicht enthalten in der Prognose der Linken sind zusätzlich nö-

tige Investitionskosten und die Verteuerung auf sämtlichen Konsumprodukten.

Falsche Teuerungszahlen

Der behauptete Heizöl-Aufschlag ist schlicht falsch. Heute bezahlen Herr und Frau Schweizer 25 Rappen Steuern pro Liter. Mit dem neuen Gesetz wird die Steuer

> schrittweise auf 55 Rappen pro Liter erhöht. Die Linken behaupten, dass ergebe eine Teuerung von 20 Rappen. Nun, wer rechnen kann, ist klar im Vorteil. Allein die 30 Rappen Teuerung

fliegerei wird weniger Geld beisteuern und die möglichen Umgehungsfüge ab ausländischen Flughäfen oder auch ab dem französischen Teil des Flughafens Basel-Mulhouse sind ein grosser Unsicherheitsfaktor. Denn dort wir keine Ticketsteuer bezahlt. Das bedeutet: Es wird weniger Geld zurückerstattet als behauptet.

Nein zum missratenen CO2-Gesetz

Das alles sind genügend Beweise, um festzustellen, dass sich die energiepolitischen Versprechen der Linken – damals wie heute – in Luft auflösen werden und die Bevölkerung erneut beschissen wird. Das missratene CO2-Gesetz muss am 13. Juni an der Urne versenkt werden.

werden soll, falls an diesem Szenario überhaupt festgehalten wird.

Sicher ist nur, dass weitere Milliardenbeträge fällig werden, die das Volk zu bezahlen hat.

Kurz und gut, das Volk wurde

belogen. Wir wissen noch immer

nicht, wie die Kernenergie ersetzt

beim Heizöl bedeuten für eine Familie pro Jahr mindestens 600 Franken Mehrkosten.

Beschiss auch bei der Rückverteilung

Eine weitere Falschannahme der linken Kostenrechnung sind die Rückverteilungsgelder an die Bevölkerung. Der Flugverkehr soll zur grossen Geld-Umverteilungsmaschine werden. Die Prognosen sehen allerdings düster aus. Für die aktuellen Jahre resultiert ein Minus von 80 %. Für die kommenden Jahre wird ein deutlich tieferes Niveau erwartet als vor Corona. Die geringere Geschäfts-



Angriff auf das Erfolgsmodell Schweiz

Das Erfolgsmodell Schweiz beruht auf Können, Fleiss, Innovation und Selbstverantwortung. Genau dies wird jetzt aber mit dem linken Umverteilungsprogramm, welches unter dem Namen «CO2 Gesetz» verkauft wird, torpediert.



Mit dem neuen Gesetz werden Unternehmen in «gute und «böse» aufgeteilt - je nachdem wieviel CO2 sie verursachen. Die Verteilungsbürokratie wird massiv aufgebläht und unter dem Deckmantel «innovative Klimapolitik» werden Arbeitsplätze sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen weiter unter Druck gesetzt und gefährdet.

Ein Wolf im Schafspelz

Das vorliegende Gesetz ist ein Wolf im Schafspelz. Unter dem Druck der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens hat das Parlament mit diesem Gesetz ein Bürokratie- und Umverteilungsmonstrum konstruiert. Das Motto lautet: Zuerst wird den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmern und den Landwirten durch weit überhöhte Abgaben auf Treib- und Brennstoffen über eine Milliarde jährlich aus dem Sack gezogen, danach werden die so gewonnenen Gelder im Sinne der staatlichen Lenkung umverteilt.

Richtig ist aber vor allem, dass von diesem Geld ein grosser Teil in der Bürokratie und dem neuen dafür aufgebauten Beratungs- und Kontrollapparat versickert und so die Wirkung verfehlt.

Man fragt sich verwundert, weshalb wohl das Parlament einem solchen milliardenschweren Gesetz überhaupt zugestimmt hat. Kann es sein, dass sich viele ein Stück dieses riesigen Umverteilungskuchen abschneiden wollen? Mir kommt es vor, als würden wir den Posträuber bejubeln, der einen kleinen Teil seiner Beute zurückgibt.

Die negativen Auswirkungen dieser Umverteilung sind aber offensichtlich. Ortsgebundene Gewerbebetriebe bzw. ganze Branchen, die zumindest momentan noch auf fos-Brennstoffe angewiesen sind, werden benachteiligt und in ihrer Existenz bedroht. Die Mobilität und

das Bauen werden weiter künstlich verteuert und machen somit auch die Waren und Dienstleistungen für den Endkonsumenten teurer. Dies führt zu noch mehr Einkaufstourismus und Bestellungen aus dem Ausland und trifft somit unsere Wirtschaft und unseren Handel nach Corona erneut hart.

Die Schweiz ist schon heute eine Musterschülerin

In der ganzen Diskussion wird vergessen, dass die Schweiz heute schon ein Musterschülerin ist. Sie hat die höchsten Preise für eine Tonne ausgestossenes CO2. Während Deutschland die CO2-Abgabe bis 2025 auf 55 Euro anheben will, ist in der Schweiz der Preis jetzt schon auf 96 Franken festgesetzt. Die im neuen Gesetz vorgesehene Erhöhung auf maximal 210 Franken verteuert den Produktionsstandort Schweiz unnötig und unverhältnismässig.



Viele Betriebe leiden bereits massiv an den Folgen der «Kosteninsel Schweiz». Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass gerade diese Industriebetriebe Stellen abbauen oder ins Ausland verlagern. Der Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz werden damit fahrlässig gefährdet, ohne aber damit irgendein Problem zu lösen, denn CO2 kennt keine Landesgrenzen.

Eine starke Wirtschaft baut auf dem Weg zu einer weitgehenden Klimaneutralität nicht auf immer mehr Steuern und Verbote, sondern auf unternehmerisch getriebene Innovation, Forschung und Selbstverantwortung. Sind es doch genau diese Eigenschaften, welche die Schweiz erfolgreich gemacht haben. Tragen wir ihnen Sorge und kämpfen wir gemeinsam gegen diese links grüne Umverteilungs- und Bestrafungspolitik mit dem schönen Namen «CO2 Gesetz»!

Das CO2-Gesetz belastet das Portemonnaie und hilft dem Klima nicht

Ein Kerngedanke der Schweiz ist das Miteinander und dass es möglichst kein Benachteiligen geben soll. Das neue CO2-Gesetz missachtet diesen Grundkonsens massiv. Es führt zu einer finanziellen Mehrbelastung, ohne dem Klima zu helfen.



Das CO2-Gesetz teilt die Bevölkerung in «gut» und «schlecht» ein: Wer

sich klimapolitisch «gut» verhält, soll belohnt, wer sich angeblich «schlecht» verhält, soll finanziell bestraft werden. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass damit Menschen in unserem Land benachteiligt werden, die aufgrund der Wohn- und Arbeitsverhältnisse ihr Verhalten gar nicht oder kaum ändern können. Menschen in Rand- und Bergregionen oder Hausbesitzer, denen die finanziellen Mittel für eine teure Sanierung fehlen, werden zur Kasse gebeten.

Das CO2-Gesetz belastet Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen überproportional stark. Für Familien, die jeden Rappen zwei Mal umdrehen müssen, sind weitere zusätzliche Kosten kaum zu verkraften

Drei Beispiele:

1. Der Pendler, der mit dem Auto zur Arbeit muss. Der Handwerker, der Material

zu transportieren hat. Die Mutter, die für die Familie einkaufen muss. Sie alle müssen neu pro Liter Benzin 12 Rappen mehr zahlen. Das macht schnell ein paar Hundert Franken pro Jahr aus. Im Falle von Unternehmen mit einem grösseren Fuhrpark kann dies sogar Zehntausende von Franken im Jahr ausmachen.



Aber auch alle Mieterinnen und Mieter wird es treffen. Einerseits dürften die teuren energetischen Sanierungen in vielen Fällen auf die Mieterschaft umgelegt werden, und andererseits bezahlen die Mieterinnen und Mieter auch die komplette CO2-Abgabe über ihre Nebenkosten.



Lenkungswirkung? Fehlanzeige!

Fazit: Das CO2-Gesetz teilt die Gesellschaft. Es ist unausgewogen, da es nur auf einzelne Wirtschaftsbereiche abzielt. Nur die Reichen können sich die Mehrbelastung leisten, Das ist ungerecht und unsozial! Sagen Sie NEIN zum neuen CO2-Gesetz.

Arbeitende Landbevölkerung bezahlt die Zeche

Einmal mehr stimmen wir über ein Gesetz ab, das die ländliche Bevölkerung massiv benachteiligt. Das CO2-Gesetz erhöht den Preis pro Liter Benzin und Diesel um 12 Rappen. Dies bedeutet, dass Autofahren und das Leben für all die Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, massiv verteuert wird.



Ich wohne auf über 1000 Meter über Meer. Der nächste Bahnhof ist weit unten im Tal. Wir alle, die auf dem Lande und abseits der Hauptverkehrsachsen leben, sind auf das Auto angewiesen. Und dies schon bis zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Entweder gehe ich über eine halbe Stunde zu Fuss zum Bahnhof oder ich nehme das Auto. Hier gibt es keine

«Lenkung», wie dies mit dem CO2-Gesetz angepriesen wird, es gibt nur eine Verteuerung. Beim Auto bin ich

zudem auf ein Allrad-Fahrzeug angewiesen. Sonst wäre ich auch diesen Winter öfters nicht mehr nach Hause gekommen. Denn auch wenn uns die Grünen seit fast 40 Jahren das Gegenteil weismachen wollen: Es gibt in der Schweiz immer noch viel Schnee.

Landflucht wird noch mehr befeuert

Dass eine Mehrheit von Bundesrat und Parlament die Landflucht richtiggehend befördert, haben wir bereits mit der Beschränkung des Pendlerabzugs gesehen. Wer mit dem Auto zur Arbeit fährt, kann die Auslagen seit 2016 nicht mehr steuerlich in Abzug bringen, sondern noch höchstens 3000 Franken. Dies wurde uns mit der Vorlage über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur eingebrockt. Seither finanzieren wir vom Lande, die auf das Auto angewiesen sind, den ÖV. Mit dem nun zur Abstimmung kommenden

CO2-Gesetz soll die arbeitende ländliche Bevölkerung erneut geschröpft und die Leute in die Stadt getrieben werden.

Links-grüne Pfründenwirtschaft

Über eine Erhöhung von Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter geht die Umverteilung in eine nächste Runde: Zwei Drittel davon werden direkt umverteilt und ein Drittel geht in einen sogenannten Klimafonds. Dieser soll unter anderem Elektroautostationen, klimafreundliche Sanierungen, CO2-freie Heizungen oder innovative Schweizer Unternehmen finanzieren und wird vom Departement von SP-Bundesrätin

Simonetta Sommaruga administriert.

⟨⟨ Damit ist klar: Neben ein paar Alibi-Projekten in den Bergen wird hauptsächlich die links-grüne Pfründenwirtschaft angekurbelt werden. ⟩⟩⟩

Damit klar: Neben ein paar Alibi-Projekten den Bergen wird hauptsächlich links.grüne Pfründenwirtschaft angekurbelt werden. Wie die Asylindustrie ist in den letzten Jahren eine Umweltindustrie entstanden, die auf grosszügige staatliche Unterstützung angewiesen ist und günstigere und ihnen nicht genehme Energie aus dem Markt drängen will. Und dies zu Lasten der Menschen auf dem

Land, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit fahren, sei es als Handwerker, als Angestellte oder als Unternehmer. Zu Lasten der Menschen und Familien, die ihr Leben selber finanzieren und die einen Beitrag zur hohen Wirtschaftsleistung unseres Landes beitragen.

Dem müssen wir entschieden entgegentreten. Das CO2-Gesetz ist nicht nur teuer und nutzlos, es ist vor allem gegenüber der ländlichen und der arbeitenden Bevölkerung ungerecht. Daher gibt es am 13. Juni nur eine Antwort: Ein klares Nein zum missratenen CO2-Gesetz.



Die Agrar-Initiativen gefährden unsere Versorgungssicherheit

Am 13. Juni kommen zwei Initiativen zur Abstimmung, die den Schutz der Umwelt und des Trinkwassers versprechen, aber weit über das Ziel hinausschiessen. Hingegen reduziert eine kürzlich verabschiedete Gesetzesanpassung bereits den Einsatz von Pestiziden und Dünger zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt.



Am 13. Juni stimmt das Schweizer Volk über zwei Vorlagen ab, die für den Wohlstand und die Versorgungssicherheit unseres Landes

⋘ Die Covid-19-Pandemie hat

gezeigt, dass die Versorgung mit

krisenresistent ist. Diese Versor-

gungssicherheit dürfen wir nicht

Lebensmitteln in der Schweiz

gefährden.

zentral sind: Die «Trinkwasserinitiative» verlangt, dass Direktzahlungen nur an Landwirtschaftsbetriebe ausgerichtet werden,

die pestizidfrei produzieren, ohne vorbeugenden Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auskommen und ihren Tierbestand mit Futter ernähren können, das sie auf ihrem Betrieb produzieren. Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Einsatz von synthetischen Pestiziden gänzlich verbieten, ebenso den Import von Lebensmitteln oder von Rohstoffen für die Lebensmittelindustrie, die mithilfe von synthetischen Pestiziden hergestellt wurden.

Mehr Importe, mehr Einkaufstourismus

Lassen Sie mich gleich zu Beginn Folgendes klarstellen: Unser Trinkwasser ist bereits gut geschützt und problemlos trinkbar. Ich trinke es jeden Tag ohne jegliche Bedenken. Klar, der Schutz des Trinkwassers kann noch weiter verbessert werden. Die Initiativen schiessen aber über das Ziel hinaus.

Der Verzicht auf Pestizide und der erwartete Rückgang der Produktion würden im Inland zwar die Belastung von Gewässern mit Pestiziden und Nährstoffen aus der Landwirtschaft verringern und die Biodiversität verbessern. Gleichzeitig würde aber die Umweltbelastung ins Ausland verlagert, da vermehrt im Ausland produzierte Lebensmittel importiert würden. Die Initiativen hätten zur Folge, dass viele Landwirtschaftsbetriebe we-

niger Lebensmittel produzieren würden. Damit würde die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Lebensmitteln eingeschränkt. Die Covid-19-Pan-

demie hat gezeigt, dass die Versorgung mit Lebensmitteln in der Schweiz krisenresistent ist. Diese Versorgungssicherheit dürfen wir nicht gefährden.

Zudem würde die Rohstoffbeschaffung für die Lebensmittelindustrie erschwert oder teilweise verunmöglichst, was viele Arbeitsplätze gefährden würde und eine Erhöhung der Nahrungsmittelpreise zur Folge hätte. Damit würde auch der Einkaufstourismus weiter begünstigt.

Keine Diskriminierung der Bauern

Das Parlament hat das berechtigte Anliegen der Schweizer Bevölkerung, auch in Zukunft über einwandfreies Trinkwasser zu verfügen, erkannt. Es hat deshalb im Rahmen einer parlamentarischen Initiative Gesetzesanpassungen verabschiedet, die darauf abzielen, beim Einsatz von Pestiziden die Risiken für Mensch, Tier und Umwelt weiter zu vermindern und die Qualität des Grundund Trinkwassers sowie der Bäche, Flüsse und Seen weiter zu verbessern. Weiter sollen die umweltbelastenden Nährstoffverluste – das heisst vor allem die Düngerüberschüsse – reduziert werden. Mit den beschlossenen Gesetzesanpassungen wird der Einsatz von Pestiziden und



Schweizer Bauern und Bäuerinnen produzieren gesunde Leb von Pestiziden ist auf kranke Pflanzen und Gemüse beschr würde zu einer deutlichen Reduktion der Produktion von ho

Dünger aber allgemein geregelt und nicht nur für die Landwirtschaft. Das ist richtig so.

Nein zur Zerstörung der Schweizer Landwirtschaft

Die beiden extremen Agrarinitiativen, über welche die Stimmbürger am 13. Juni abstimmen, sind brandgefährlich. Sie schaden nicht nur den Bauern und der Schweizer Lebensmittelproduktion, sondern auch der Umwelt.



Wie so oft tönen die Titel der Initiativen gut. Wer will schon nicht sauberes Trinkwasser in der Schweiz? Wer



ensmittel von hoher Qualität und Nachhaltigkeit. Der Einsatz inkt. Ein Verbot des Einsatzes von synthetischen Pestiziden chwertigen Schweizer Lebensmitteln führen.

will nicht gesunde Böden? Wir Bauern arbeiten jeden Tag draussen in der Natur. Arbeiten mit der Natur, mit den Tieren. 365 Tage im Jahr. Damit wir die Schweizer Bevölkerung mit einwandfreien Lebensmitteln versorgen können, brauchen wir gesunde Böden und einwandfreies Wasser.

Bauern machen viel für die Umwelt

Aus diesem Grund erfüllen die Bauern den ökologischen Leistungsausgleich. Wir pflanzen Hecken, sanieren Trockensteinmauern, nutzen und pflegen Biodiversitätsförderflächen, mähen und pflegen die Moore. Das Gesetz verlangt von der Landwirtschaft, dass gut 70'000 Hektaren Biodiversitätsförderflächen ausgeschieden werden. Die Bauern haben mehr als 190'000 ha Hektaren erreicht. Das Ziel des Bundesrats war es, 50% der Flächen zu vernetzen. Die Bauern haben 80% vernetzt. Aber auch beim Antibio-

tikaeinsatz haben die Bauern viel geleistet. In den letzten 10 Jahren wurde der Einsatz halbiert. Der Einsatz von Glyphosat

wurde innert 10 Jahren um 63% reduziert. Die Schweizer Bauern sind auf einem guten Weg.

Und jetzt erzählen die Initianten landauf landab, die Bauern würden die Natur zerstören. Das stimmt einfach nicht. Die Bauern haben so viel für die Ökologie gemacht wie sonst niemand im Land.

Tierbestände nehmen ab, Bevölkerung wächst

Auch wird immer argumentiert, die Tierbestände in der Schweiz seien viel zu hoch. Das sind Fake News. Ein Beispiel: 1990 betrug der Rindviehbestand in der Schweiz 1.8 Millionen. 2019 waren es noch 1.5 Millionen. Bei den Schweinen betrug der Bestand 1990 1.7 Millionen. 2019 waren es noch 1.3 Millionen. In der gleichen Zeit ist aber die Schweizer Bevölkerung gewachsen. Von 6.7 Millionen auf 8.5 Millionen. Die SVP will dieses massive Bevölkerungswachstum schon lange bremsen. Nur machen da die links-grünen Kreise nicht mit. Lieber wollen sie die Landwirtschaft im Land zerstören. Die Grünen wollen das Fleisch mit dem Flugzeug in die Schweiz bringen. Wir wollen die Probleme im Inland lösen und nicht die Probleme ins Ausland verlagern.

Noch mehr Lebensmittelimporte

★ Die Grünen wollen das Fleisch

mit dem Flugzeug in die Schweiz

bringen. Wir wollen die Probleme

im Inland lösen und nicht die Pro-

bleme ins Ausland verlagern.

Denn die beiden Initiativen sind reine Importinitiativen. Wenn sie angenommen werden, sinkt die Lebensmit-

telproduktion um mindestens 40%. Denn wenn keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürfen, können wir die Weizenfelder,

das Obst, das Gemüse nicht mehr schützen. Ganze Ernten gehen im schlimmsten Fall verloren. Werden zerstört von Schädlingen. Und es entsteht noch mehr Foodwaste. Rapsanbau wäre in der Schweiz nicht mehr möglich, und so würde einfach Palmöl als Ersatz importiert. Insgesamt würde ein Vielfaches von heute an Lebensmitteln importiert. Gerade Corona hat uns gezeigt, wie schlecht es ist, wenn wir zu abhängig sind vom Ausland.

Zu einer freien, neutralen Schweiz gehört auch die Lebensmittelproduktion. Sagen sie darum Nein zu den beiden Agrar-(Import-)Initiativen.

Covid-19-Gesetz: Differenziertes Stimmverhalten wird verunmöglicht

Die Delegierten der SVP Schweiz haben an der Online-DV vom 27. März 2021 zum Covid-19-Gesetz Stimmfreigabe beschlossen. Es kommt nicht oft vor, dass sich bei einer Vorlage Pro- und Contra-Argumente aus SVP-Optik ungefähr die Waage halten. Das Covid-19-Gesetz ist eine solche Vorlage.



Es gibt sowohl legitime Gründe für eine Annahme als auch für eine Ablehnung des Covid-19-Gesetzes. Das Problem liegt vor allem darin, dass verschiedene Aspekte vermengt werden, über die nicht einzeln abgestimmt werden kann. Auf der einen Seite werden dem Bundesrat freiheitseinschrän-

kende Befugnisse eingeräumt, auf der anderen Seite die finanziellen Unterstützungsmassnahmen für Wirtschaft und Gesellschaft geregelt. Die SVP hat im Parlament vergeblich beantragt, die Vorlage zu splitten, um eine differenzierte Abstimmung darüber zu ermöglichen.

Das Covid-19-Gesetz ist ein spezielles Gesetz. Es basiert auf Notrecht und ist befristet. Im Verlauf der letzten Monate wurde es bereits wieder überarbeitet. Abgestimmt

wird aber über die Version vom 25. September 2020. Daher drängt sich die Frage auf, welche Folgen eine Ablehnung bzw. eine Annahme der Vorlage am 13. Juni hätte.

Bei einer Ablehnung der Vorlage würden dem Bundesrat per 25. September 2021 Befugnisse zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie entzogen, soweit sie im Gesetz geregelt sind. Gegen solche bundesrätliche Befugnisse hat sich die SVP bereits 2013 gewehrt – bei der Abstimmung über das Epidemiengesetz. Ausserdem würde die Grundlage wegfallen für Massnahmen zur Abfederung der negativen wirtschaftlichen Folgen.

Argumente für ein Nein

Bei einer Annahme der Vorlage hätte das Covid-19-Gesetz weiterhin Gültigkeit bis zum Ablauf der Geltungsdauer Ende 2021. Für die Kurzarbeit gelten die Regelungen bis Ende 2022.

Der Hauptgrund für ein Nein zum Covid-19-Gesetz liegt in der Skepsis gegenüber der verfehlten Lockdown-Politik



In der Frühjahrsession setzte sich die SVP-Fraktion für die Aufteilung der Vorlage ein. Die anderen Parteien lehnten dies ab.

des Bundesrats. Eine Ablehnung ist die logische Reaktion für alle, die der Meinung sind, der Bundesrat habe seine Kompetenzen falsch eingesetzt und mangelhafte Belege zur Begründung der einschneidenden, freiheitsbeschränkenden Massnahmen geliefert. Wer ein Zeichen setzen will gegen diese unverhältnismässigen Massnahmen, die zu Berufs- und Arbeitsverboten und als Folge davon zu staatlichen Entschädigungsverpflichtungen in Milliardenhöhe geführt haben, stimmt Nein.

Was für ein Ja spricht

Wer das Gesetz ablehnt, sollte sich aber bewusst sein, wer davon vor allem betroffen wäre. Das Hauptziel des Covid-19-Gesetzes ist und war es nämlich, die einschneidenden Massnahmen mit ihren zahlreichen negativen Nebeneffekten für die Wirtschaft und die Gesellschaft zu dämpfen. Gemeint sind die Unterstützungsmassnahmen zugunsten der betroffenen KMU und Härtefallbranchen, also der Gastronomie, der Hotellerie, der Eventbranche, der Reise-branche, der Fitnessbranche, dem Tourismus, dem Sport und der Kultur. Ein Ja zum

Gesetz bedeutet ein Bekenntnis zur Unterstützung der betroffenen Menschen durch die Finanzierung von Kurzarbeit, Erwerbsersatz und À-fonds-perdu-Beiträgen. Diese im Covid-19-Gesetz geregelten Instrumente helfen mit, Konkurse und Arbeitslose zu verhindern.

Verfehlte Lockdown-Politik des Bundesrats

Die SVP hat im Bundeshaus die verfehlte, nicht-evidenzbasierte Lockdown-Politik des Bundesrats unzählige Male kritisiert und versucht, raschere Lockerungen durchzu-

setzen, um die Menschen im Land wieder arbeiten zu lassen. Leider haben sowohl im Bundesrat als auch im Parlament die Mehrheiten gefehlt. Aber eines ist allen klar: Wenn der Staat faktische Arbeitsverbote verfügt, soll er auch finanziell dafür geradestehen.

Fazit: Jede und jeder muss die Gewichtung der Argumente für ein Ja oder ein Nein aus eigener Sicht und mit Blick auf die Betroffenheit des eigenen Umfelds vornehmen. Man kann in guten Treuen beide Auffassungen vertreten

Gewalttaten verhindern, Leben retten

Paris, Berlin, London, Wien. Aber auch die Schweiz erlebte schon terroristische Angriffe wie in Morges oder Lugano. Die Frage ist deshalb nicht ob, sondern wann unser Land von einem Terroranschlag mit vielen Verletzten und Todesopfern heimgesucht wird. Deshalb sagen wir am 13. Juni JA zum Anti-Terror-Gesetz - es ist höchste Zeit für mehr Sicherheit.



Bei einem möglichen Terrorverdacht sind den Behörden heute die Hände gebunden, weil keine strafbare Handlung

Mit dem Anti-Terror Gesetz

kann endlich die Überwachung

Das Fedpol erhält die Befugnis,

im Internet, in Messenger-Diens-

ten und sozialen Medien verdeckt

Fahnderinnen und Fahnder einzu-

vorliegt. Mit dem Anti-Terror-Gesetz werden nun genau diese sogennanten Gefährder ins Visier genommen. Das sind Personen, bei welchen aufgrund konkreter und aktueller An-

haltspunkte davon ausgegangen werden muss, dass sie eine terroristische Aktivität ausüben werden. Ihnen kann das Bundesamt für Polizei (Fedpol) Melde- und Gesprächsteilnahmepflichten, Kontaktund Rayonverbote, Hausarrest oder Ausreiseverbote auferlegen. Die präventiven Massnahmen gegen Gefährderinnen und Gefährder sind subsidiär: Sie dürfen nur angewendet werden, wenn die Gefahr nicht mit therapeutischen, integrativen oder anderen Massnahmen abgewendet werden kann.

setzen.

Linke schützen Gewalttäter

Gemäss den Linken verstossen diese Massnahmen gegen die Menschenrechte. Einmal mehr versuchen die Linken Gefährder zu schützen und riskieren damit die Sicherheit der eigenen Bevölkerung. Auch ein entsprechendes Gutachten von Bund und Kantonen kam zum Schluss, dass die Massnahmen im Einklang mit der Europäischen Menschenrechtskonvention umgesetzt werden können.

Der Hausarrest kann für Personen ab 15 Jahren verhängt werden, dazu haben aber National- und Ständerat zahlreiche Ausnahmen beschlossen: Gefährder sollen das Haus für Erwerbs- und Bildungszwecke, die Ausübung der Glaubensfreiheit oder

familiärer wegen Verpflichtungen verlassen dürfen. Zudem von Gefährdern ausgebaut werden. muss der Hausarrest vorab von einem Gericht geprüft werden. Alle übrigen Massnahmen wie Melde-Gesprächsteilnahmepflichten,

> Rayon- und Ausreiseverbote können dem Gericht nachträglich vorgelegt werden. Diese Massnahmen können ab 12 Jahren angewen-

det werden. Gemäss Gutachten ist das mit der Uno-Kinderrechtskonvention vereinbar. Aus unzähligen Fällen in Europa weiss man, dass Terroranschläge auch von Minderjährigen ausgeführt werden. Mehr noch - bei einigen Terroranschlägen spielten Minderjährige eine zentrale Rolle. Es kann und darf nicht sein, dass sich Terroristen hinter

ihrem Alter verstecken können. Daher ist es unabdingbar, dass dieses Gesetz auch bei Minderjährigen angewendet werden kann.

Mehr Sicherheit für die Schweiz

Mit dem Anti-Terror Gesetz kann endlich die Überwachung von Gefährdern ausgebaut werden. Das Fedpol erhält die Befugnis, im Internet, in Messenger-Diensten und sozialen Medien verdeckt Fahnderinnen und Fahnder einzusetzen. Solche Ermittlungen unter falscher Identität dürfen nur im Zusammenhang mit schweren Straftaten durchgeführt werden, bei denen der Bund für die Strafverfolgung zuständig ist.

Mit dem Anti-Terror-Gesetz bekommt die Schweiz endlich ein griffiges Instrument gegen Terrorismus. Damit wird die Sicherheit in unserem Land erhöht und womöglich Menschenleben gerettet.



Angriffe rechtzeitig verhindern: Darum JA zum Anti-Terror-Gesetz!





Darum ist der weitere Ausbau wichtig

Im Durchschnitt braucht heute jeder von uns hundert Mal mehr mobile Daten als vor zehn Jahren. Nur mit neuen Technologiegenerationen – wie aktuell 5G – können die Mobilfunkbetreiber dieses Wachstum stemmen.

Mobilfunk ist eine Erfolgsgeschichte

Mit jeder Generation kamen neue Anwendungen dazu. Diese entstanden, nachdem die Netze gebaut waren. Für 5G gelten übrigens die gleich strengen Regeln wie für die bisherigen Mobilfunkgenerationen.



Anwendungen für jede Lebenslage



Was ist jetzt mit 5G?

Mehr zu 5G, Mobilfunk, Gesundheit und Umwelt finden Sie hier.



swisscom.ch/5gflyer

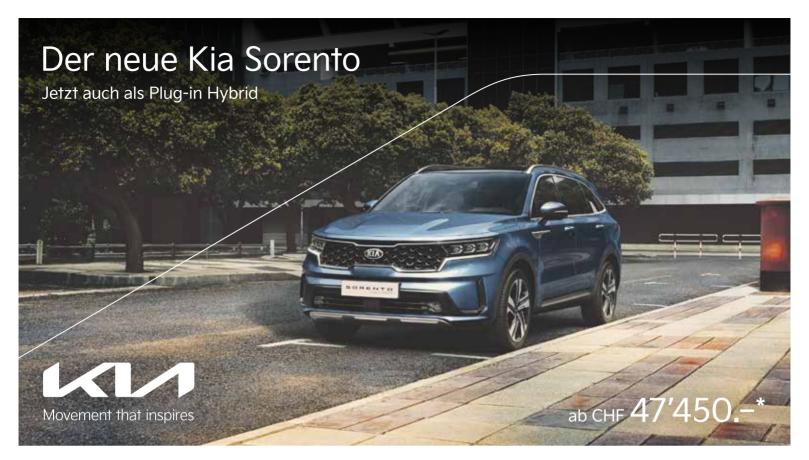




2×NEIN



Radikale Pflanzenschutz- & Trinkwasser-Initiativen



Abgebildetes Modell: Kia Sorento 1.6 T-GDi Plug-in Hybrid Style, 5-Plätzer, aut., CHF 66'950.-*, Luxury Pack CHF 1'150.--, Metallic-Lackierung CHF 850.- (inkl. MwSt), 1.6 I/100 km, 38 g $\rm CO_2/km^{**}$, Energieeffizienzkategorie A. Kia Sorento 2.2 Smartstream Diesel, 5-Plätzer, aut., CHF 47'450.-*, 6.8 I/100 km, 179 g $\rm CO_2/km^{**}$, Energieeffizienzkategorie D.



^{**} Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 169 g CO₂/km. Zielwert 118 g CO₂/km nach neuem Prüfzyklus WLTP.







Bei Lexus unternehmen wir alles, was in unserer Macht steht, um den Besitz Ihres Lexus Automobils zu einer faszinierenden Erfahrung zu machen. Wir sind bestrebt, ein erstklassiges Erlebnis für unsere Kunden zu garantieren und bieten maßgeschneiderte Serviceleistungen, die darauf abgestimmt sind, Sie und Ihren Lexus bestens zu versorgen. Dafür stehen wir mit 10 JAHREN LEXUS FREE SERVICE UND 10 JAHREN GARANTIE^{*}.



NEW SUZUKI SINACE KOMBI. HYBRID. AUTOMAT.

BEREITS Fr. 33 990.—
ODER Fr. 259.—/MONAT



SWACE

SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Swace 1.8 Compact+ Hybrid Automat, Fr. 33 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.1/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: A, CO₂-Emissionen: 115g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Swace 1.8 Compact Top Hybrid Automat, Fr. 35 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.1/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: A, CO₂-Emissionen: 115g/km.



Leasing-Konditionen: 24 Monate Laufzeit, 10000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.4%. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettoverkaufspreis. Der Leasing-Zinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasing-Partner ist die MultiLease AG. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisampfehlung inkl. MwSt.

Die kompakte Nr.1



Way of Life!

www.suzuki.ch

Darum NEIN zum CO2-Gesetz:

Denn es ist ...

Teuer, weil ... _

- → es Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter verteuert!
- → es die Abgabe auf Heizöl und Gas mehr als verdoppelt!
- → damit Öl- und Gasheizungen praktisch verboten werden!
- es eine neue Steuer von bis zu 120 Franken auf Flugtickets einführt!

Nutzlos, weil ... _

- → die Schweiz ist **nur für 0,1% (!)** des weltweiten Klimaausstosses verantwortlich!
- → die Schweiz auch ohne CO2-Gesetz heute bereits klimapolitisch vorbildlich unterwegs ist!

Ungerecht, weil ...

- → mit dem CO2-Gesetz vor allem Pendler. Menschen in Randregionen. Mieter. Menschen mit kleinem **Budget und das einfache Gewerbe** massiv belastet werden!
- → ein Grossteil des Gewerbes und viele Angestellte und Selbstständige wegen Corona in ihrer Existenz bedroht sind. **Und nun sollen Benzin und Heiz**kosten noch teurer werden? Das können wir uns jetzt nicht leisten!

Teuer. Nutzlos. Ungerech

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Missratenes CO2-Gesetz

Unterstützen Sie unsere Kampagne!







